

VERHANDLUNGSSCHRIFT

Über die öffentliche Sitzung

**des Gemeinderates
am 25.09.2006**

Tagungsort: Sitzungssaal der Marktgemeinde Aschach/Donau

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

Anwesende:

Vorsitzender:

Bürgermeister Rudolf Achleitner (SPÖ)
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)
Vizebgm. Christine Gredler
GVM Ing. Karl Viehböck
GRM Zinnagl Robert
GRM Gerhold Renate
GRM Mack Gerlinde
GRM Schöppl Alfred
GRM Szücs Annemarie
GRM Gillich Helmuth
GRM Schrenk Roland
GRM Gredler Christian

Ersatzmitglieder SPÖ

GRM Mack Gerlinde für Pröhl Christian

Österreichische Volkspartei (ÖVP)

GVM Weichselbaumer Franz
GVM Dr. Josef Gruber
GRM Schlagintweit Christian
GRM Ing. Knierzinger Friedrich
GRM Luger Josef
GRM Hude Georg

Ersatzmitglieder ÖVP

GRM Schlagintweit Christian für Ing. Buchroithner Gerhard

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

GVM Mag. Haider Roman

GRM Haider Gunter
GRM Erlinger Christian
GRM Hosiner Christina

Ersatzmitglieder FPÖ

GRM Haider Gunter für Ing. Hosiner Wolfgang
GRM Erlinger Christian für Straßl Christian

Die GRÜNEN

GVM Dr. Judith Wassermair
GRM Bachmayer Beatrix
GRM Schnell Rosa
GRM Ettl Paul

Ersatzmitglieder der GRÜNEN

Weiters anwesend:

Greinöcker Ulrike als Amtsleiterin
Pröhl Anita als Schriftführerin

E i n l a d u n g

zur Gemeinderatssitzung am

Montag, 25. September 2006, 19.00 Uhr

im Sitzungssaal der Marktgemeinde Aschach/Donau.

Tagesordnung

1. Bau-, Raumplanungs-, Straßen- und Grundangelegenheiten

- 1.1. Beratung und Beschlussfassung betreffend Grundsatzbeschluss – Übernahme Kanal von RWA
- 1.2. Beratung und Beschlussfassung betreffend Auftragsvergabe Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten Hohlweg
- 1.3. Beratung und Beschlussfassung betreffend Auftragsvergabe Straßenneubau Hohlweg
- 1.4. Beratung und Beschlussfassung zur Übernahme der Wasserleitung „Sommerberg-Kraft-Werk“ und Ankauf des Grundstückes 1138/1
- 1.5. Berufung gegen den Abweisungsbescheid der Marktgemeinde Aschach vom 03.07.2006 durch die Familie Fuchs – Bauansuchen „Zubau einer überdachten Lagerfläche“.

2. Angelegenheit betreffend die Gemeindefinanzen

- 2.1. Bericht des Prüfungsausschusses
- 2.2. Beratung und Beschlussfassung – Nachtragsvoranschlag 2006
- 2.3. Beratung und Beschlussfassung betreffend Darlehensaufnahme für Straßenbau

3. . Angelegenheiten betreffend Auslagerungsvereinbarungen

- 3.1. Energie Contracting; Erweiterung – Beleuchtung Sommerberg

4. Verordnungen der Gemeinde

- 4.1. Beratung und Beschlussfassung betreffend Kindergartentarifordnung
- 4.2. Beratung und Beschlussfassung betreffend Tourismus-Gebühren-Verordnung

5. Bericht der Unterausschüsse

- 5.1. Bericht des Sozialausschusses über Wohnungsvergaben

6. Angelegenheiten betreffend Bescheide

- 6.1. Abstimmung betreffend Berufungsbescheid Getränkesteuer Auinger Gabriele

7. Änderungen im Gemeinderat

- 7.1. Verlust des Gemeinderatsmandats Christian Weiß
- 7.2. Annahme des freigewordenen Mandats – Abstimmung
- 7.2. Abstimmung über die Nachbesetzung in den Unterausschüssen und Vereinen

8. Bericht des Bürgermeisters

9. Allfälliges

10. Protokollgenehmigung

Sollte ein Gemeinderatsmitglied am Tage der Sitzung verhindert sein, so wäre dies unter Angabe des Verhinderungsgrundes dem Bürgermeister mitzuteilen, damit dieser die sofortige Einberufung des Ersatzmitgliedes veranlassen kann.

Die Sitzung des Gemeinderates ist öffentlich. Dies wird mit dem Hinweis kundgemacht, dass die Einsichtnahme in die über diese Sitzung verfasste und durch die darauf folgende Gemeinderatssitzung genehmigte Verhandlungsschrift sowie die Herstellung von Abschriften während der Amtsstunden im Gemeindeamt jedermann erlaubt ist.

Aschach/Donau, 12.09.2006

Der Bürgermeister:
Rudolf Achleitner e.h.

Fraktionssitzungen:

GRÜNE: Montag, 18.09.2006, 19.00 Uhr im Gemeindeamt Aschach

SPÖ: Donnerstag, 21.09.2006, 19.00 Uhr im Gemeindeamt Aschach

ÖVP: Mittwoch, 20.09.2006, 19.00 Uhr im Gemeindeamt Aschach

FPÖ: Freitag, 22.09.2006, 17.00 Uhr im Gemeindeamt Aschach

Der Vorsitzende begrüßt alle anwesenden Gemeinderäte und Besucher zur heutigen Sitzung und teilt mit, dass die Tagesordnung zeitgerecht zugestellt wurde. Gegen die heutige Tagesordnung bestehen keine Einwände.
Im Anschluss wird das Ersatzmitglied der FPÖ Hr. Haider Gunter vom Vorsitzenden angelobt.

Bevor in die Tagesordnung eingegangen wird, teilt der Vorsitzende mit, dass der Punkt 1.1. von der Tagesordnung abgesetzt wird.
Auch der Punkt 1.4. wird von der Tagesordnung abgesetzt.

1.1 Beratung und Beschlussfassung betreffend Grundsatzbeschluss – Übernahme Kanal von RWA

Bericht des Vorsitzenden:

Die Firma GARANT wurde mit Schreiben der BH Eferding vom 21.10.2005 aufgefordert, ihren Kanalbestand zu sanieren, da diese Kanäle größtenteils in der Schutzzone des Brunnens der Wasserversorgung der Gemeinde Aschach liegen.

Machowetz & Partner wurde von der RWA (Grundstückseigentümer und Eigentümer der Fa. GARANT) beauftragt, ein entsprechendes Sanierungskonzept aufgrund der vorhandenen Untersuchungsprotokolle der Kamerabefahrungen zu erstellen.

Aus Sicht der Machowetz & Partner erscheint es sinnvoll, neben der Sanierung der von der Fa. RWA bezahlten Maßnahmen auch Sanierungsarbeiten, die die Gemeinde Aschach selber noch durchzuführen hat, in einem gemeinsamen Bauabschnitt zusammenzufassen und auszuschreiben.

Die Gemeinde erhält für Sanierungsarbeiten öffentliche Förderungen (ÖKK), die dem Betrieb nicht gewährt werden. Es besteht daher die Absicht, diese Kanalstränge, wenn möglich, der Gemeinde zu übergeben, wobei die erforderlichen Sanierungskosten (abzüglich der gewährten Förderungen) durch die Fa. RWA der Gemeinde ersetzt werden.

Die Gemeinde Aschach soll daher eine Grundsatzentscheidung treffen, ob sie die von der Fa. RWA zu sanierenden Kanäle übernimmt.

Beratung:

Dr. Wassermair: Warum wird dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Ing. Viehböck: Alle Fraktionen hatten eine Skizze mit der färbig eingezeichneten Kanalisation übermittelt. Er hat heute noch mit Hrn. Machowetz gesprochen. Der Punkt war auf der Tagesordnung weil die RWA Ihre Anlage saniert hat, und sie wollten dieses gesamte Stück in einem Projekt für die Sanierung ausschreiben. Das Netz der RWA ist bereits saniert. Es besteht daher jetzt noch kein Handlungsbedarf. Im Oktober findet eine Bauausschusssitzung statt, die nur mit dem Thema Kanalisation stattfinden wird. Dort wird dieser Punkt genau diskutiert. Daher hat er den Bürgermeister ersucht, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Dieser Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

ENDE TOP 1.1

1.2. Beratung und Beschlussfassung betreffend Auftragsvergabe Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten Hohlweg

Bericht des Vorsitzenden:

Am 11.07.2006 fand die Anboteröffnung für die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten Hohlweg statt.

Folgende Firmen haben angeboten:

Fa.PORR GmbH	€ 76.562,87
Fa. Held & Francke	€ 69.906,65
Fa. Glatzhofer	€ 78.168,46
Fa. Sturm	€ 64.747,16

Beratung:

Hr. Ing. Viehböck: Es hat über diese Arbeiten eine Ausschreibung gegeben. Die Angebote wurden von der Fa. Machowetz & Partner überprüft. Es war kein Angebot auszuscheiden und die Fa. Machowetz empfiehlt den Auftrag an die Fa. Sturm zu vergeben. Dieser ist der Billigst- und Bestbieter.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass der Auftrag über Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten Hohlweg an den Bestbieter, Firma Sturm vergeben wird.

Abstimmungsergebnis:

Herr Gillich enthält sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 1.2.

1.3. Beratung und Beschlussfassung betreffend Auftragsvergabe Straßenneubau Hohlweg

Bericht des Vorsitzenden:

Am 10.08.2006 fand die Anboteröffnung für den Straßenneubau Hohlweg statt.

Folgende Firmen haben angeboten:

Fa. STRABAG	€ 55.879,--
Fa. Swietelsky	€ 61.423,98
Fa. Teerag-Asdag	€ 70.783,22
Fa. Held & Francke	€ 51.684,58
Fa. PORR	€ 63.405,72

Beratung:

Hr. Ing. Viehböck: Diesbezüglich wurde kein Planungsbüro mit der Ausschreibung beauftragt. Die Angebote wurden von Hrn. Elsener überprüft. Es war kein Angebot nach dem Vergabegesetz auszuschließen. Er empfiehlt den Billigstbieter.

Fr. Schnell: In der Finanzbeiratssitzung hat man gesagt, dass bevor dort asphaltiert wird, muss zuerst die Mauer bei der Villa Trenkwalder saniert werden. Es wurden dafür aber keine Angebote eingeholt und man weiß daher noch nicht, was dies kostet.

Vorsitzender: Es ist nicht beabsichtigt die Mauer zu sanieren. Es wird nur die Breite asphaltiert, die derzeit besteht.

Hr. Gillich: Gibt es eine Möglichkeit, die beiden Bauvorhaben aus Kostengründen an eine Firma zu vergeben. Es geht um die allgemeine Haftung. Wenn auf diesem kleinen Stück zwei Firmen arbeiten und es passiert etwas, dann ist wieder keine der beiden Firmen schuld.

Hr. Ing. Viehböck: Er hat sich bereits erkundigt, doch es gibt hier keine Möglichkeit. Diese beiden Projekte wurden jeweils einzeln ausgeschrieben und dadurch gibt es keine Möglichkeit eine der beiden Ausschreibungen auszuheben. Im Bundesgesetz sind die Gründe für eine Aufhebung angeführt.

Bei derartigen Projekten, sollte man in Zukunft daran denken ob es nicht vernünftiger ist, diese gemeinsam auszuschreiben um den Verantwortungsbereich einzuschränken.

Das Kanalprojekt wird letztendlich von der Fa. Machowetz abgenommen und wenn Schäden sind werden diese dabei ersichtlich.

Die Straßenbauarbeiten sollten auch von einem Ziviltechniker oder einer dazu befugten Person abgenommen werden. Ob die angeführten Leistungen tatsächlich erfüllt sind, werden dabei geprüft.

Hr. Dr. Gruber: Es ist sicher überlegenswert und es wurde auch in der Fraktion darüber diskutiert. Nach den Ausschreibungsbestimmungen muss aber auch an den Bestbieter vergeben werden.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass der Auftrag über Straßenneubau Hohlweg an den Bestbieter, Firma Held & Francke vergeben wird.

Abstimmungsergebnis:

Hr. Gillich enthält sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 1.3.

1.4. Beratung und Beschlussfassung zur Übernahme der Wasserleitung „Sommerberg-Kraftwerk“ und Ankauf des Grundstückes 1138/1

Bericht des Vorsitzenden:

Die Firma Verbund AHP AG möchte der Marktgemeinde Aschach die Wasserleitung „Sommerberg-Kraftwerk“ schenken und das Grundstück 1138/1 zum Kauf anbieten.

Bei der am 18.05.2006 durch die WDL durchgeführten Druckprobe wurde festgestellt, dass diese Leitung undicht ist.

Beratung:

Vorsitzender: Dieser Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil eine Garantie in Form einer Druckprüfung dieses Wasserleitungsstückes noch nicht vorliegt. Im Übrigen sind bei den Unterlagen Fehler unterlaufen. Vom Verbund sind Grundstücksdaten aus Ybbs vorgelegt worden und auch der Vertrag weist einige Ungereimtheiten auf. Daher hat man sich entschlossen diesen Punkt abzusetzen um genaue Informationen einzuholen und auch die Druckprüfung abzuwarten.

Antrag des Vorsitzenden:

Abstimmungsergebnis:

Dieser Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

ENDE TOP 1.4.

1.5. Berufung gegen den Abweisungsbescheid der Marktgemeinde Aschach vom 03.07.2006 durch die Familie Fuchs – Bauansuchen „Zubau einer überdachten Lagerfläche“.

Bericht des Vorsitzenden:

Nachdem es sich um eine Angelegenheit handelt, wo Herr Bürgermeister bereits einen Bescheid ausgestellt hat, ist er in diesem Punkt befangen und den Vorsitz übernimmt Frau Vizebürgermeister Gredler.

Ende Oktober 2005 langte bei der Marktgemeinde Aschach an der Donau eine Bauanzeige der Frau Maria Fuchs betreffend des Bauvorhabens „Zubau einer überdachten Lagerfläche“ ein. Bei der Vorprüfung der eingereichten Planunterlagen am 10.11.2005 durch Herrn Ing. Andreas Haiböck vom Bezirksbauamt Wels wurde festgestellt, dass das geplante Bauvorhaben im Widerspruch zum Bebauungsplan Nr. 5 „Sierner“ steht und nach § 30 Abs. 6 Ziff.1 OÖ. BauO der Antrag abgewiesen werden muss.

Aufgrund dieses Vorprüfungsergebnisses fand am 14.11.2005 eine Besprechung mit den Beteiligten Bürgermeister Achleitner, Herrn und Frau Fuchs und deren Baumeister, Herr Roiss, statt.

In dieser Besprechung wurde Herrn Baumeister Roiss bzw. der Familie Fuchs nochmals erläutert, dass das geplante Bauvorhaben derzeit nicht dem rechtskräftigen und geltenden Bebauungsplan entspricht und auch eine Abänderung des selbigen derzeit äußerst schwierig ist, solange das Problem mit den Folienhäusern nicht geklärt ist. Am Ende dieser Besprechung wurden dann aufgrund der negativen Nachricht wieder zwei Exemplare der Einreichpläne vom Baumeister Roiss bzw. der Familie Fuchs mitgenommen. Aufgrund dessen und des Ergebnisses dieser Besprechung nahm die Baubehörde irrtümlicherweise an, dass die Anzeige zurückgezogen wird, da ja auch die geforderten/entsprechenden Einreichunterlagen für eine Bewilligung nicht mehr vorlagen.

Am 29. Mai 2006 erschien dann Herr Fuchs in der Sprechstunde beim Bürgermeister und wollte wissen, wann er endlich mal eine Antwort auf seine Bauanzeige bekommt.

Aufgrund dieser Vorsprache von Herrn Fuchs wurde Frau Maria Fuchs mit Schreiben vom 08. Juni 2006 mitgeteilt, dass die Marktgemeinde Aschach an der Donau einen Abweisungsbescheid erlassen wird. Zwecks Wahrung des Parteienghört wurde ihr vor Bescheiderlassung nach § 30 Abs. 6 Ziff. 1 der Oö. Bauordnung die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. In dieser 2-wöchigen Frist ist jedoch keine Stellungnahme beim Marktgemeindeamt Aschach an der Donau eingelangt.

Nach Ablauf dieser Frist wurde dann am 03. Juli 2006 der Abweisungsbescheid erlassen.

Frau Maria Fuchs, vertreten durch die Rechtsanwälte Hofinger & Menschick, hat dann mit Schreiben vom 13. Juli 2006 gegen den vorher genannten Bescheid berufen.

Diese Angelegenheit wurde bereits im Bauausschuss in seiner Sitzung am 07.09.2006 behandelt und es ergeht daher folgender Vorschlag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat soll den Bescheid des Bürgermeisters vom 03. Juli 2006 bestätigen, da sich keine Änderungen gegenüber den damaligen Gegebenheiten bzw. Bestimmungen ergeben haben.

Beratung:

Hr. Ing. Viehböck: Grundsätzlich sind im Einspruch Aspekte drinnen die eine Gemeinde berücksichtigen kann. Die derzeitige Situation ist, dass es dort einen gültigen Bebauungsplan gibt und das der Flächenwidmungsplan in Schwebelage ist. Er hat sich erkundigt und er ist auch der Meinung, dass man in dieses derzeit laufende Verfahren der Flächenwidmung nicht eingreifen sollte. Man müsste den Bebauungsplan abändern, damit dieser Zubau überhaupt zulässig ist.

Er würde es zumindest einmal zurückstellen und das Verfahren des Flächenwidmungsplanes abwarten. Danach kann man darüber beraten, ob man den Bebauungsplan abändert.

Dr. Wassermair: An sich handelt es sich ja nur um einen Geräteschuppen, der eigentlich niemanden stört. Dieser ist schon länger gestanden und nachträglich wurde um eine Genehmigung angesucht, aber offenbar wurde diese nicht bearbeitet. Im vorigen Jahr wurde dieser Schuppen dann entfernt, weil die Besitzer einen Neuen machen wollten. Und da sich die Fläche kaum ändert, glaubt sie schon, dass man mit einem guten Willen einen Geräteschuppen wieder an der Stelle genehmigen kann. Sie denkt sich, bei den Entscheidungen sollte man schon berücksichtigen, wem es nützt oder wem es schadet. Nützen tut es der Fam. Fuchs, weil sie einfach wieder mehr Platz haben und Schaden tut es im Prinzip niemandem.

Hr. Ing. Knierzinger: Er möchte dazu sagen, dass dieser Flächenwidmungsplan auch nicht immer korrekt ist, dies hat er heuer erfahren müssen. Die Fam. Fuchs ist geschätzt, auch als Nahversorger, da sie Gemüsepflanzen und Blumen produziert. Als Nahversorger muss man die Möglichkeit haben Leergebinde wieder einzusammeln und wieder zu verwenden. Dies dient auch der Umwelt. Wenn man sich zu den Nahversorgern bekennt, dann muss man auch einmal über den Schatten springen, dass das eine Verfahren in Schwebelage ist. Sie möchten Bauer bleiben.

Hr. Ing. Viehböck: Er möchte nicht, dass geglaubt wird dies wäre seine persönliche Meinung. Aus persönlichen Gründen würde er auch dafür stimmen. Es ist aber Fakt, dass wir einen gesetzlichen Rahmen haben und wir haben einen Bebauungsplan, ob er nun stimmt oder nicht. Fakt ist, dass der Flächenwidmungsplan noch nicht durch ist und ich als Bauausschussobmann dazu stehe, dass ich sage, ich halte mich an die Regeln die auch für alle gelten sollten. Und man soll nicht jetzt in einem Schwebeverfahren zum einem und zum zweiten gibt es für diesen vorher dagewesenen Schuppen keine Baubewilligung. Zumindest nicht bei uns auf der Gemeinde.

Dr. Wassermair: Sie möchte wissen, ob die Pläne bereits gefunden wurden.

Hr. Ing. Viehböck: Wenn etwas vorhanden wäre, würde dies im Bauakt aufliegen. Es gibt einen Bauakt Fuchs, nur dort ist dies nicht drinnen.

Er möchte nochmals daraufhin weisen, dass der Flächenwidmungsplan in Schwebelage ist. Aus Sicht des Bauausschusses hat er kein Problem damit, wenn der Flächenwidmungsplan durch ist, dass dies so wie man sich es jetzt vorstellt, bewilligt ist, den Bebauungsplan darüberlegt und sagt, passt dieser jetzt noch zu dieser Flächenwidmung oder muss man ihn abändern. Wenn nicht, dann kann man ihn ändern und dann besteht auch kein Problem. Die Situation ist aber momentan anders. Der Bescheid des Bürgermeisters hat sich auf den Iststand bezogen und er musste so entscheiden.

Fr. Vizebgm. Gredler: Diese Angelegenheit wurde auch im Bauausschuss am 7.9.2006 behandelt und daher ergeht auch der Vorschlag des Bauausschusses an den Gemeinderat, den Bescheid des Bürgermeisters zu bestätigen.

Hr. Weichselbaumer: Er möchte nur zur Information dazu sagen, dass von der ÖVP Fraktion bei der genannten Bauausschusssitzung niemand anwesend war, aus terminlichen Gründen. Er sieht es jetzt so wie es ist, aber groß reden konnten sie darüber in der Fraktion nicht.

Hr. Ettl Paul: Auch von der Grün Fraktion konnte an dieser Sitzung niemand teilnehmen. Er würde die Meinung auch unterstützen, wenn es sich um ein zusätzliches Bauwerk handeln würde. Es geht aber um keinen Neubau, sondern um einen Wiederaufbau eines Schuppens. Nach dem jetzigen Verlauf des Gespräches geht hervor, dass ein Plan zumindest eingereicht wurde. Ob er dann bearbeitet wurde oder nicht, das sei dahingestellt. Es ist auch bekannt, dass in früheren Zeiten manche Sachen nicht so bearbeitet wurden wie man sich das im Nachhinein wünschen würde.

Darum glaubt er, dass man diesen Wiederaufbau durchaus genehmigen kann.

Hr. Mag. Haider: Was sind die Konsequenzen wenn man den Bescheid des Bürgermeisters nicht bestätigt.

Fr. Vizebgm. Gredler: An und für sich hat der Bürgermeister nach dem Gesetz entschieden und hat den Bescheid hinausgeschickt, der Gemeinderat muss jetzt diesen Bescheid bestätigen. Wenn das die Folge ist, geht das Verfahren in die nächste Instanz.

Hr. Mag. Haider: Dann ist die Errichtungsanzeige der Fam. Fuchs von uns abgewiesen und was hat das dann für Konsequenzen für die Fam. Fuchs und für das Bauwerk.

Fr. Vizebgm. Gredler: Die Fam. Fuchs kann weitergehen und es geht in die nächst höhere Instanz.

Hr. Mag. Haider Roman: OK. Und was ist wenn der Gemeinderat den Bescheid des Bürgermeisters nicht bestätigt ? Dann hat der Gemeinderat gesetzeswidrig gehandelt. Sollen Sie uns einsperren ?

Hr. Ing. Viehböck: Es geht nicht darum, dass man dort den Bebauungsplan nicht abändert. Es würde nur jetzt im Zuge des Flächenwidmungsplanes noch nicht abgeändert. Wenn man es vom Baurecht her sieht, ist es zwar jetzt das Eigentum der Fam. Fuchs, aber es ist eine eigene Parzelle, wo der Schuppen entstehen soll. Wir greifen in eine bestehende Parzelle, die parzelliert in einem Flächenwidmungsplan eingezeichnet ist, auf der ein gültiger Bebauungsplan daraufliegt ein. Das widerspricht dem Baurecht.

Fr. Dr. Wassermair: Mit dem ist bis jetzt überhaupt nicht argumentiert worden.

Fr. Bachmayer: Kann es passieren, dass wenn uns Verfahrensfehler unterlaufen, dass der Fam. Fuchs das Bebauungsrecht abgesprochen wird?

Hr. Ing. Viehböck: Das kann passieren.

Auf Vorschlag von Fr. Vizebgm. Gredler findet eine Pause von 10. min. statt, damit sich die Fraktionen vor der Abstimmung beraten können.

Hr. Ing. Viehböck: Es wurde jetzt in den Plänen noch mal Einsicht genommen. Die Entscheidung, dass man diesen Zubau jetzt genehmigt, ist aus rechtlicher Sicht fast unmöglich. Wir haben dort am derzeit gültigen Flächenwidmungsplan ein Bauland und es wurde nunmehr der Vorschlag gemacht, dass der Bescheid des Bürgermeisters bestätigt wird. Die Fam. Fuchs lässt das trotzdem über Ihren Rechtsanwalt prüfen. Wir warten ab, ob unser Flächenwidmungsplan mit der Widmung „Erwerbsgärtnerei“, wo wir wesentlich andere Möglichkeiten haben, weil wir dort dann den Bebauungsplan ändern müssen, genehmigt wird. Man kann nicht Erwerbsgärtnerei widmen und dann ein Korsett mit Baufluchtlinien für den Wohnbau darüberheben lassen.

Nach der Abänderung des Bebauungsplanes ist die Möglichkeit für einen Zubau eher möglich. Dies wird seitens der Fam. Fuchs mit dem Rechtsanwalt besprochen. Der Flächenwidmungsplan wird sicher heuer noch über die Bühne gehen. Und dann steht dem Bau nichts im weg.

Der Vorsitzende bittet dringend, den Flächenwidmungsplan unter Dach und Fach zu bringen.

Antrag der Vorsitzenden:

Die Vorsitzende stellte den Antrag, dass der Bescheid des Bürgermeisters vom 03.7.2006 bestätigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Die gesamte Grün Fraktion, Hr. Mag. Haider Roman und die gesamte ÖVP Fraktion enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

Der Bürgermeister ist bei diesem Punkt befangen und darf daher keine Stimme abgeben.

ENDE TOP 1.5.

2.1. Bericht des Prüfungsausschusses

Bericht des Vorsitzenden:

BERICHT

Über die Sitzung des örtlichen Prüfungsausschusses am 27. Juni 2006 um 19:00 Uhr im Gemeindeamt Aschach an der Donau.

Anwesende:

Ing. Wolfgang Hosiner als Obmann des Prüfungsausschusses, Alfred Schöppl, Johann Rechberger, Rosa Schnell (Ersatz) sowie Stefan Hemmelmair als Schriftführer.

Ing. Wolfgang Hosiner begrüßt alle Erschienen und eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

Gegenstand der heutigen Sitzung ist eine unangemeldete Kassenprüfung, die Prüfung der Gebarung der Wasserversorgungsanlage sowie die Gebarung des Abschnittes Abfallbeseitigung einschließlich des Kompostierers.

1. unangemeldete Kassenprüfung

Die unangemeldete Kassenprüfung erbrachte folgendes Ergebnis:
Der Bargeldbestand in der Kassa setzt sich wie folgt zusammen:

1	x	200	=	200
6	x	100	=	600
3	x	50	=	150
1	x	20	=	20
3	x	10	=	30
6	x	5	=	30
8	x	2	=	16
15	x	1	=	15
11	x	0,5	=	5,5
6	x	0,2	=	1,2
41	x	0,1	=	4,1
37	x	0,05	=	1,85
2	x	0,02	=	0,04
5	x	0,01	=	0,05

Das ergibt einen Kassenbargeldbestand von EUR 1.073,74

Lt. Kassabuch sollten jedoch nur 1.021,84 in der Kassa sein. Da die letzte Eintragung vom 23.6.2006 war, ließ sich der Prüfungsausschuss die Nebenaufzeichnungen vorlegen. Dies ergab für die laufende Woche folgende noch nicht verbuchte Einnahmen:

Verwaltungsabgaben: 18,30

Stempelgebühren: 26,00

Kopierkassa: 7,60

Zählt man diese Einnahmen zum Bargeldbestand lt. Kassabuch hinzu erhält man genau den tatsächlich festgestellten Betrag von EUR 1.073,74

2. Wasserversorgung

Die letzten Jahre brachten folgende Ergebnisse:

	Ausgaben	Einnahmen	Differenz
1999	90.083,92	103.097,08	13.013,16

2000	50.797,28	114.651,16	63.853,88
2001	59.640,25	138.108,43	78.468,18
2002	85.083,62	156.787,02	71.703,40
2003	129.840,60	167.317,18	37.476,58
2004	87.738,41	166.739,20	9.000,79
2005	120.062,52	127.824,26	7.761,74
<u>Gesamt</u>	<u>538.162,98</u>	<u>974.524,33</u>	<u>436.361,35</u>

Für die Jahre 2000 - 2002, also mit Wasserwart, jedoch ohne WDL ergeben sich durchschnittliche Einnahmen von EUR 136.515,54 und durchschnittliche Ausgaben von EUR 65.173,72.

Für die Jahre 2004-2005, also ohne Wasserwart und mit WDL, ergeben sich durchschnittliche Einnahmen von EUR 147.281,73 und durchschnittliche Ausgaben von EUR 103.900,47 - wobei hier die Ausgaben für die Erweiterung der Druckzone Jägerweg mit rund 64.000 Euro beinhaltet sind.

Daraus ist ersichtlich, dass vorerst durch die WDL kaum Einsparungen jedoch auch kaum Verteuerungen festzustellen sind.

3. Abfallbeseitigung/Kompostierer

Aufgrund des Vertrages, der dem Prüfungsausschuss vorliegt, hat der Kompostierer Anspruch auf den gesamten Staudenschnitt, der in der Marktgemeinde anfällt, sofern nicht Eigenkompostierung vorliegt.

Unter Punkt 2, Abs. 3 heißt es: "Sollte die Gemeinde auch die Kompostierung von kompostierbaren Küchenabfällen vorsehen, ist der Kompostierer bereit, auch die kompostierbaren Küchenabfälle zu übernehmen und zu kompostieren, wobei die näheren Bestimmungen hierüber noch zu vereinbaren sein werden."

Dem Prüfungsausschuss liegt jedoch nicht die darin erwähnte Vereinbarung hinsichtlich der biogenen Küchenabfälle vor.

Laut gültiger Abgabenverordnung der Marktgemeinde Aschach wird für den bei der Sammelstelle abgelieferten Stauden- und Strauchsschnitt nichts verrechnet, dh. dass die hier anfallenden Kosten bei der Firma Leitner und die Manipulationskosten der Gemeindearbeiter bei der Kalkulation der allgemeinen Müllentsorgung ihren Niederschlag finden müssen.

Bei den Summen der Entleerungen des Jahres 2006 ergeben sich für das gesamte Jahr 1.821.980 Liter Müll. An die Firma Leitner wurden EUR 24.478,10 bezahlt wobei EUR 5.392,50 durch die Biotonne wieder eingenommen wurden.

Es verbleibt also der Gemeinde ein zu bezahlender Restbetrag von EUR 19.085,60. Dieser Betrag umgelegt auf die gesamte Literzahl eines Jahres ergibt eine Verteuerung bei der 120-L-Tonne von EUR 1,26 pro Entleerung.

Beim 770-L-Container EUR 8,07 und beim 1100-L-Container EUR 11,52.

Der Prüfungsausschuss regt an, bei der nächsten Abfallgebührenordnung diese Erhöhungen für den Strauchsschnitt zu berücksichtigen.

Für die Gesamtmüllentsorgung verbleibt der Gemeinde immer noch ein Abgang von rund EUR 25.000.

4. Allfälliges

Frau Schnell regt an zukünftig bei der Erstellung der Voranschläge Untergruppen zur Ersichtlichmachung diverser Ausgaben (z.B. Winterdienst, Gemeindezeitung) einzurichten.

Die nächste Sitzung wird für 5. September 2006 anberaumt. Es soll dann der Nachtragsvoranschlag geprüft werden.

Der Prüfungsausschussobmann bedankt sich bei den anwesenden Personen für ihr Erscheinen und schließt die Sitzung um 22.30 Uhr.

F.d.R.d.A.:

BERICHT

Über die Sitzung des örtlichen Prüfungsausschusses am 5. September 2006 um 19:00 Uhr im Gemeindeamt Aschach an der Donau.

Anwesende:

Ing. Wolfgang Hosiner als Obmann des Prüfungsausschusses, Alfred Schöppl, Johann Rechberger, Rosa Schnell (Ersatz) sowie Stefan Hemmelmair als Schriftführer.

Ing. Wolfgang Hosiner begrüßt alle Erschienen und eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

Gegenstand der heutigen Sitzung ist die Prüfung des Entwurfes zum 1. Nachtragsvoranschlag des Finanzjahres 2006.

5. Prüfung des Nachtragsvoranschlages

Der ordentliche Haushalt ist im Nachtragsvoranschlag mit Einnahmen von EUR 3.257.700 und Ausgaben von EUR 3.257.700 ausgeglichen.

Die wesentlichen Veränderungen zum Voranschlag ergeben sich wie folgt:

Gruppe 0:

Bei den Instandhaltungen von sonstigen Anlagen ist eine Ausgabenerhöhung von 30 % augenscheinlich. Diese ergeben sich hauptsächlich durch zusätzliche Serviceleistungen der Firma Gemdat. Befremdend ist in diesem Zusammenhang, dass jährlich 5.700 Euro Programmwartungsgebühr anfällt und trotzdem bei Servicediensten jeweils ca. EUR 700 anfallen.

Seit zwei Jahren sind die Ausgaben für den Postdienst um ca. 30 % geringer. Die Erhöhung der Mietzinsausgaben von EUR 8.200 ergibt sich aus der im Voranschlag nicht berücksichtigten Miete für den Citrix-Server.

Die Steigerung beim Vermessungswesen um 120 % ergibt sich aus der Wegaufteilung Aichinger – Bremstaller. Die zusätzlichen Einnahmen beim Wahlamt resultieren aus Kostenersätzen vom Land für die Europawahl 2004 und das Pensionsvolksbegehren. Insgesamt fallen bei der Gruppe 0 Mehrausgaben von EUR 8.700 an.

Gruppe 1:

Die Steigerung bei den Ausgaben für die Veterinärpolizei um 80 % ergibt sich aus dem unvorhergesehenen Ankauf von Schutzanzügen für die Vogelgrippe.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 1 Mehrausgaben von EUR 700 an.

Gruppe 2:

Bei der Hauptschule ergeben sich bei den Gastschulbeiträgen Mehreinnahmen von EUR 2.700, obwohl für die Haibacher Schüler kein Rabatt mehr gewährt wurde. Die Ausgaben für Gastschulbeiträge erhöhen sich um EUR 5.100 für Pflicht- u. Sonderschulen und um 6.800 für die Sporthauptschule Linz bzw. die Hauptschule Ottensheim. Der Neuansatz von EUR 2.000 bei den Druckwerken ergibt sich durch den Ankauf von Büchern.

Die Mehrausgaben für Vertragsbedienstete von EUR 8.000 und die Sozialversicherung ergeben sich aus der Abfertigung Gerhold.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 2 Mehrausgaben von EUR 22.700 an.

Gruppe 3:

Die wesentliche Verteuerung um 580 % ist auf den Neuabschluss einer Versicherung für das Museum zurückzuführen.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 3 Mehrausgaben von EUR 1.900 an.

Gruppe 4

Die SHV-Umlage erhöht sich um 34.700 Euro, das sind 8 %.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 4 Mehrausgaben von EUR 34.800 an.

Gruppe 6

Straßenbau: Die Erhaltung der Gemeindestraßen ergibt eine Steigerung von 28.300 Euro, das sind + 40 %, die sich aus dem Winterdienst ergeben. Dazu kommen noch die Mehrleistungen des Bauhofes von EUR 4.200.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 6 Mehrausgaben von EUR 33.200 an.

Gruppe 7

Die EUR 5.000 Einnahmen für Sonderanlagen sind die einmalige Abgeltung der DWA für die Gaskesselanlage.

Der budgetierte Elektroanschluss für die Promenade wurde nicht durchgeführt was sich mit EUR 7.500 Minderausgaben und EUR 3.500 Mindereinnahmen (Anteil Tourismusverband) zu Buche schlägt.

Fremdenverkehr: Für die Instandhaltung von Anlagen wurden zusätzlich 1.600 Euro ausgegeben. Davon wurden rund EUR 900 für das Material der Plakattafeln (Holz, Farbe) verbucht und weitere EUR 700 für Fichtenbretter, deren Verwendung vom Prüfungsausschuss nicht nachvollzogen werden kann. Die Ausgaben für sonstige Leistungen erhöhten sich um 2.500 Euro wovon EUR 1.500 für einen Marketingbeitrag für Donau in Flammen und 730 Euro als Kostenbeitrag für das Silvesterfeuerwerk verbucht wurden.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 7 Minderausgaben von EUR 3.100 an.

Gruppe 8:

Da die Errichtung des Spielplatzes nicht mehr realisiert wird, verringert sich der Anteil für die Sonderanlagen um EUR 25.000.

Da die beim extremen Winterdienst angefallenen Überstunden abgebaut werden mussten, wurden einige Arbeiten vergeben. So zB die Baumpflege durch Maschinenring mit EUR 6.200.

Bei den an sich geringen Beträgen für Pachtzinse fällt auf, dass von der via Donau 2 Rechnungen zu je 324 Euro vorliegen. Eine wurde unter Hafeneinrichtungen verbucht und ist offensichtlich für den Gästesteg. Die 2. Rechnung, die sich aus einem Vertrag aus dem Jahre 2006 ergibt, konnte vom Prüfungsausschuss nicht nachvollzogen werden. Es liegt die Vermutung nahe, dass es sich hierbei entweder um eine Doppelverrechnung oder um den Zins für die Lände bei der Schiffsanlegestelle bei der Kirche handelt könnte. Im 2. Fall wäre der Betrag an das Land OÖ weiter zu verrechnen.

Beim Fuhrpark der Gemeinde sind die hohen Instandhaltungskosten augenscheinlich, die sich mit Mehrausgaben von 15.000 Euro zu buche schlagen.

Die Mehreinnahmen von 12.000 Euro bei Wohn und Geschäftsgebäuden sind eine Vorausleistung der Versicherung am Schopperplatzgebäude.

Die Mehreinnahmen bei der Wasserversorgung von EUR 45.000 resultieren aus einem Schadensfall der Wasserversorgung bei der Agrana, dem allerdings EUR 24.300 an Mehrausgaben gegenüber stehen. Insgesamt ergeben sich für die Wasserversorgung Mehrausgaben von EUR 11.000. Davon sind alleine EUR 6.900 für die Studie einer Notwasserversorgung geflossen. Weiters wurden für den Rechtsbeistand EUR 1.800 ausgegeben.

Bei der Abwasserbeseitigung fallen für Entgelte für sonstige Leistungen durch Mehrleistungen durch die Agrana zusätzlich 7.600 Euro für die Einleitung der Abwässer an.

Beim Mehrzwecksaal ist die Verdoppelung der Stromkosten von 1.700 auf 3.800 augenscheinlich und bedarf einer Klärung. Zusätzliche Ausgaben für das AVZ entstanden durch die Kühlanlagen und die Grünanlagenpflege und den Schlössertausch für Aschach Innovativ von EUR 700.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 8 Mehrausgaben von EUR 81.900 an.

Gruppe 9

Die Mehreinnahmen bei der Gruppe 9 ergeben sich hauptsächlich aus der Auszahlung von Guthaben aus den Umsatzsteuer-Jahreserklärungen 2003 und 2004 (EUR 30.100), Mehreinnahmen bei der Kommunalsteuer (EUR 12.100), Aufrollung bei der Getränkesteuer von EUR 6.700 und Mehreinnahmen beim Finanzausgleich von EUR 34.500.

Der außerordentliche Haushalt ist mit Einnahmen von EUR 401.300 und Ausgaben von EUR 453.600 nicht ausgeglichen. Dabei fällt auf, dass beim Vorhaben „Staubfreimachung Markhutweg“ eine Ausgabensumme von EUR 39.000 und beim Vorhaben „Errichtung von PKW-Abstellplätzen in der Hiermannstraße“ von EUR 22.800 budgetiert sind. Dem gegenüber stehen Beschlüsse des Gemeinderates vom 24.4.2006 für die Staubfreimachung Markhutweg von 12.100 und für die Errichtung von PKW-Abstellung in der Hiermannstraße von EUR 14.500 gegenüber.

Dem Prüfungsausschuss fällt auf, dass für den Kanalbau Hohlweg, wo bereits Angebote vorliegen, keine Mittel im Nachtragsbudget vorgesehen sind. Diese Punkte sollen im Nachtragsvoranschlag noch abgeändert werden.

6. Allfälliges

Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen erfolgen bedankt sich der Prüfungsausschussobmann bei den anwesenden Personen für ihr Erscheinen und schließt die Sitzung um 22.00 Uhr.

F.d.R.d.A.:

Der Vorsitzende berichtet, dass die Berichte in den Fraktionen vorgelegen sind und er sie daher nicht mehr verlesen wird.

Fr. Schnell: Nachdem der Obmann des Prüfungsausschusses Hr. Ing. Hosiner nicht anwesend ist, bittet sie, dass der Bericht verlesen wird.

Hr. Ettl Paul: Er findet, dass der Bericht nicht verlesen werden muss.

Fr. Dr. Wassermair: Sie möchte, dass der Bericht ins Protokoll eingearbeitet wird.

Fr. Schnell: Es gibt auch einen Bericht über den Nachtragsvoranschlag. Bei der Prüfungsausschusssitzung am 3.9.2006 bekamen die Mitglieder einen Nachtrag zum Lesen. Heute zur Gemeinderatssitzung liegt aber ein anderer Nachtrag vor. Es ist hier ein Unterschied von € 214.800,-.

AL Greinöcker: Es war ein Entgegenkommen der Gemeinde, dass heute ein neuer Nachtrag vorliegt.

Fr. Vizebgm. Gredler: Im letzten Absatz des Prüfungsberichtes steht: Dem Prüfungsausschuss fällt auf, dass für den Kanalbau Hohlweg, wo bereits Angebote vorliegen, keine Mittel im Nachtragsbudget vorgesehen sind. Diese Punkte sollen im Nachtragsvoranschlag noch abgeändert werden.

Dieser Punkt wurde erledigt und daher liegt ein neuer Nachtrag vor.

Fr. Schnell: und von wo kommen die € 214.800,- her ?

AL Greinöcker: Von dem Darlehen, dass jetzt aufgenommen wird.

Fr. Schnell: Das glaubt sie nicht.

Vorsitzender: Nachdem diese Punkte den Nachtragsvoranschlag und nicht mehr den Prüfungsbericht betreffen, bittet er diese Diskussion in den nächsten Punkt, wo der Nachtrag behandelt wird zu verlegen.

Der Bericht wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

ENDE TOP 2.1.

2.2. Beratung und Beschlussfassung – Nachtragsvoranschlag 2006

Bericht des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Bediensteten der Gemeinde, dass der Nachtrag heuer so zeitgerecht vorgelegt wurde.

Das vorgelegte Nachtragsbudget ist im ordentlichen Haushalt mit €3.257.700 Einnahmen und ebenso vielen Ausgaben ausgeglichen. In den Erläuterungen im Anhang sind die Abweichungen im Wesentlichen zusammengefasst und erklärt. Bei der Prüfungsausschusssitzung wurden folgende Änderungen zum Entwurf angeregt, die im nunmehr vorliegenden Nachtragsvoranschlag eingearbeitet sind:

- Der Kanalbau „Hohlweg“ ist unter dem Vorhaben „Kanalsanierung“ mit EUR 64.700 aufgenommen worden, da er ursprünglich auch im Finanzierungsplan dieses Vorhabens enthalten war und heuer noch durchgeführt wird. Auch der Soll-Überschuss aus 2005 wurde noch aufgenommen. Dadurch haben sich natürlich auch die Voranschlagssummen vom gesamten außerordentlichen Haushalt entsprechend verändert.
- Da es für die Straßenbauvorhaben „Markhutweg“ und „PKW-Abstellplätze in der Hiermannstraße“ bereits Auftragsvergaben gibt, wurde die tatsächliche Auftragssumme im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt.

Zu den einzelnen Gruppen im ordentlichen Haushalt ist anzumerken:

Gruppe 0:

Bei den Instandhaltungen von sonstigen Anlagen ist eine Ausgabenerhöhung von 30 % augenscheinlich. Diese ergeben sich hauptsächlich durch zusätzliche Serviceleistungen der Firma Gemdat. Befremdend ist in diesem Zusammenhang, dass jährlich 5.700 Euro Programmwartungsgebühr anfällt und trotzdem bei Servicediensten jeweils ca. EUR 700 anfallen.

Seit zwei Jahren sind die Ausgaben für den Postdienst um ca. 30 % geringer. Die Erhöhung der Mietzinsausgaben von EUR 8.200 ergibt sich aus der im Voranschlag nicht berücksichtigten Miete für den Citrix-Server.

Die Steigerung beim Vermessungswesen um 120 % ergibt sich aus der Wegaufteilung Aichinger – Bremstaller. Die zusätzlichen Einnahmen beim Wahlamt resultieren aus Kostenersätzen vom Land für die Europawahl 2004 und das Pensionsvolksbegehren. Insgesamt fallen bei der Gruppe 0 Mehrausgaben von EUR 8.700 an.

Gruppe 1:

Die Steigerung bei den Ausgaben für die Veterinärpolizei um 80 % ergibt sich aus dem unvorhergesehenen Ankauf von Schutzanzügen für die Vogelgrippe. Insgesamt fallen bei der Gruppe 1 Mehrausgaben von EUR 700 an.

Gruppe 2:

Bei der Hauptschule ergeben sich bei den Gastschulbeiträgen Mehreinnahmen von EUR 2.700, obwohl für die Haibacher Schüler kein Rabatt mehr gewährt wurde. Die Ausgaben für Gastschulbeiträge erhöhen sich um EUR 5.100 für Pflicht- u. Sonderschulen und um 6.800 für die Sporthauptschule Linz bzw. die Hauptschule Ottensheim. Der Neuansatz von EUR 2.000 bei den Druckwerken ergibt sich durch den Ankauf von Büchern.

Die Mehrausgaben für Vertragsbedienstete von EUR 8.000 und die Sozialversicherung ergeben sich aus der Abfertigung Gerhold.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 2 Mehrausgaben von EUR 22.700 an.

Gruppe 3:

Die wesentliche Verteuerung um 580 % ist auf den Neuabschluss einer Versicherung für das Museum zurückzuführen.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 3 Mehrausgaben von EUR 1.900 an.

Gruppe 4

Die SHV-Umlage erhöht sich um 34.700 Euro, das sind 8 %.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 4 Mehrausgaben von EUR 34.800 an.

Gruppe 6

Straßenbau: Die Erhaltung der Gemeindestraßen ergibt eine Steigerung von 28.300 Euro, das sind + 40 %, die sich aus dem Winterdienst ergeben. Dazu kommen noch die Mehrleistungen des Bauhofes von EUR 4.200.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 6 Mehrausgaben von EUR 33.200 an.

Gruppe 7

Die EUR 5.000 Einnahmen für Sonderanlagen sind die einmalige Abgeltung der DWA für die Gaskesselanlage.

Der budgetierte Elektroanschluss für die Promenade wurde nicht durchgeführt was sich mit EUR 7.500 Minderausgaben und EUR 3.500 Mindereinnahmen (Anteil Tourismusverband) zu Buche schlägt.

Fremdenverkehr: Für die Instandhaltung von Anlagen wurden zusätzlich 1.600 Euro ausgegeben. Davon wurden rund EUR 900 für das Material der Plakattafeln (Holz, Farbe) verbucht und weitere EUR 700 für Fichtenbretter, deren Verwendung vom Prüfungsausschuss nicht nachvollzogen werden kann. Die Ausgaben für sonstige Leistungen erhöhten sich um 2.500 Euro wovon EUR 1.500 für einen Marketingbeitrag für Donau in Flammen und 730 Euro als Kostenbeitrag für das Silvesterfeuerwerk verbucht wurden.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 7 Minderausgaben von EUR 3.100 an.

Gruppe 8:

Da die Errichtung des Spielplatzes nicht mehr realisiert wird, verringert sich der Anteil für die Sonderanlagen um EUR 25.000.

Da die beim extremen Winterdienst angefallenen Überstunden abgebaut werden mussten, wurden einige Arbeiten vergeben. So zB die Baumpflege durch Maschinenring mit EUR 6.200.

Bei den an sich geringen Beträgen für Pachtzinse fällt auf, dass von der via Donau 2 Rechnungen zu je 324 Euro vorliegen. Eine wurde unter Hafeneinrichtungen verbucht und ist offensichtlich für den Gästesteg. Die 2. Rechnung, die sich aus einem Vertrag aus dem Jahre 2006 ergibt, konnte vom Prüfungsausschuss nicht nachvollzogen werden. Es liegt die Vermutung nahe, dass es sich hierbei entweder um eine Doppelverrechnung oder um den Zins für die Lände bei der Schiffsanlegestelle bei der Kirche handelt könnte. Im 2. Fall wäre der Betrag an das Land OÖ weiter zu verrechnen.

Beim Fuhrpark der Gemeinde sind die hohen Instandhaltungskosten augenscheinlich, die sich mit Mehrausgaben von 15.000 Euro zu buche schlagen.

Die Mehreinnahmen von 12.000 Euro bei Wohn und Geschäftsgebäuden sind eine Vorausleistung der Versicherung am Schopperplatzgebäude.

Die Mehreinnahmen bei der Wasserversorgung von EUR 45.000 resultieren aus einem Schadensfall der Wasserversorgung bei der Agrana, dem allerdings EUR 24.300 an Mehrausgaben gegenüber stehen. Insgesamt ergeben sich für die Wasserversorgung Mehrausgaben von EUR 11.000. Davon sind alleine EUR 6.900 für die Studie einer Notwasserversorgung geflossen. Weiters wurden für den Rechtsbeistand EUR 1.800 ausgegeben.

Bei der Abwasserbeseitigung fallen für Entgelte für sonstige Leistungen durch Mehrleistungen durch die Agrana zusätzlich 7.600 Euro für die Einleitung der Abwässer an.

Beim Mehrzwecksaal ist die Verdoppelung der Stromkosten von 1.700 auf 3.800 augenscheinlich und bedarf einer Klärung. Zusätzliche Ausgaben für das AVZ entstanden durch die Kühlanlagen und die Grünanlagenpflege und den Schlössertausch für Aschach Innovativ von EUR 700.

Insgesamt fallen bei der Gruppe 8 Mehrausgaben von EUR 81.900 an.

Gruppe 9

Die Mehreinnahmen bei der Gruppe 9 ergeben sich hauptsächlich aus der Auszahlung von Guthaben aus den Umsatzsteuer-Jahreserklärungen 2003 und 2004 (EUR 30.100), Mehreinnahmen bei der Kommunalsteuer (EUR 12.100), Aufrollung bei der Getränkesteuer von EUR 6.700 und Mehreinnahmen beim Finanzausgleich von EUR 34.500.

Beratung:

Hr. Dr. Gruber: Der ao. Haushalt ist hier nicht berücksichtigt ?

Wird nur über den ordentlichen Haushalt abgestimmt ?

Vorsitzender: Auch über den ao. Haushalt.

Hr. Dr. Gruber: Sind die einzelnen Posten des ao. Haushaltes mit dem Finanzierungsplan abgedeckt ? Denn dann ergibt es einen Abgang. Wie wird der ausgeglichen ?

Vorsitzender: Der ao. Haushalt war auch in den letzten Jahren nicht ausgeglichen.

Es heißt aber nicht, dass wir daher eine Abgangsgemeinde sind.

Fr. Dr. Wassermair: Gesetzlich müsste er ausgeglichen sein.

Vorsitzender: Er kann die Aufteilung der einzelnen Gruppen jetzt nicht klären. Der Punkt wird auf die nächste Gemeinderatssitzung vertagt und Hr. Hemmelmair wird einen Bericht zum ao. Haushalt erstellen.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass der Nachtragsvoranschlag 2006 in der nun mehr vorliegenden Form genehmigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Dieser Punkt wird auf die nächste Gemeinderatssitzung vertagt.

ENDE TOP 2.2.

2.3. Beratung und Beschlussfassung betreffend Darlehensaufnahme für Straßenbau

Bericht des Vorsitzenden:

Aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 26. Juni 2006 wurden für die Aufnahme eines Darlehens zur Teilfinanzierung der Straßenbauvorhaben 2006 Angebote von der Volksbank, der Sparkasse, der Raiffeisenbank Hartkirchen sowie der Postsparkasse eingeholt. Die Anbotseröffnung fand am 30. August 2006 durch eine Kommission von zwei Vertretern des Auftraggebers (gem. Bundesvergabegesetz) Fr. AL Ulrike Greinöcker und dem Buchhalter, Hr. Hemmelmair ohne Teilnahme der Bieter statt.

Das Ergebnis lautet wie folgt:

1. Sparkasse:	EURIBOR	+ 0,20%
	SMR:	- 0,25%
2. Raiffeisenbank:	EURIBOR	+ 0,20%
	SMR:	- 0,25%
3. Postsparkasse:	EURIBOR	+ 0,20%
	SMR:	± 0,00%
4. Volksbank	EURIBOR	+ 0,25%
	SMR:	± 0,00%

Spesen wurden von keinem der Anbieter in Aussicht gestellt. Daher sind die Auf- und Abschläge alleinige Entscheidungsgrundlage. Zu Beachten ist allerdings, dass trotz identer EURIBOR-Aufschläge und auch sonstiger identer Bedingungen, die Raiba Hartkirchen in ihrem Tilgungsplan einen (geringfügig) höheren Zinsaufwand ausweist, als die PSK. Zudem sei bemerkt, dass das Angebot der Sparkasse nicht den Formerfordernissen entsprochen hat: Es wurde ohne Tilgungsplan und nicht verschlossen abgegeben.

Bestbieter sind daher bei EURIBOR-Verzinsung die Raiffeisenbank Hartkirchen, Die PSK sowie die SPK mit jeweils + 0,20 % Aufschlag

Bestbieter bei der SMR-Verzinsung sind die Raiba Hartkirchen und die Sparkasse mit jeweils einem Abschlag von – 0,25 %.

Bei Darlehenszuzählung am 30.9.2006 würde sich aus derzeitiger Sicht bei einer Laufzeit von 15 Jahren folgender Zinsaufwand ergeben:

1. Raiffeisenbank:	EURIBOR	36.978,99
	SMR:	38.960,09
2. PSK:	EURIBOR	36.965,60
	SMR:	41.696,34
3. Volksbank:	EURIBOR	37.515,64
	SMR:	41.696,24
4. Sparkasse:	EURIBOR	39.823,86
	SMR:	42.116,81

Grundsätzlich sind die angebotenen EURIBOR-Verzinsungen am günstigsten. Die Entscheidung wird daher zwischen der Raiba Hartkirchen und der PSK zu fällen sein.

Beratung:

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Darlehensaufnahme wegen Straßenbau an die RAIBA Hartkirchen vergeben wird.

Abstimmungsergebnis:

Die gesamte Grün Fraktion und Herr Gillich enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mittels einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 2.3.

3.1. Energie Contracting; Erweiterung – Beleuchtung Sommerberg

Bericht des Vorsitzenden:

Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurde diese Contracting-Erweiterung auf das Jahr 2007 verschoben.

Nachdem jedoch jetzt einige wichtige Lichtpunkte aufgetreten sind, sollte es im heurigen Jahr beim Contracting vom E-Werk Wels noch im Jahr 2006 zu einer Beleuchtungserweiterung kommen.

Es handelt sich hierbei um folgende Lichtpunkte:

1 Lampe und Sockel und Steher für die Einfahrt Sommerberg

2 Lampen und Sockel und Steher für die Auffahrt zum Hause Reiter (Schopperplatz)

1 Lampe Einfahrt Markhutweg

10 Stk. Lampen für die Beleuchtung in der Siedlung Sommerberg (DOKW Wohnhäuser)

Beratung:

Vorsitzender: Man kann diesen Punkt heute nicht beschließen, da es vom E-Werk Wels noch keinen Finanzierungsplan gibt. Es ist sich nicht ausgegangen, dass er für diese Sitzung vorliegt. Die Gemeinde wurde schon mehrmals von der Fam. Canei aufgefordert bei den Häusern am Schopperplatz gegenüber vom Museum, eine neue Lampe zu installieren. Diese Lampe ist sehr alt und leuchtet auch schon längere Zeit nicht mehr. Es gibt dort keine funktionierende Versorgung. Diese Lampe soll ausgetauscht werden.

Am Sommerberg bei der DOKW Siedlung sollen 10 Lampen ausgetauscht werden. Diese sind schon sehr desolat Für die Lampen gibt es keinen Ersatz mehr. Man muss dort neue setzen, wobei man klären muss, ob man die Ständer halten kann und nur einen neuen Aufsatz braucht.

Bei der Einfahrt Markhutweg soll auch eine Lampe montiert werden. Ein Sockel wurde bereits eingebaut und auch das Kabel wurde bereits eingezogen.

Bei der Auffahrt Sommerberg wird ebenfalls eine neue Lampe installiert.

Damit das Budget der Gemeinde nicht belastet wird, soll eine Erweiterung des Energie Contractings beschlossen werden. Dies kann aber erst in der nächsten Sitzung erfolgen, wenn ein Finanzierungsplan vorliegt.

Hr. Ettl Paul: Ist die Querung von der Straße am Schopperplatz Freiluft oder liegt diese in der Straße.

Vorsitzender: Es liegt in der Straße. Dies können aber wahrscheinlich die Bauhofarbeiter durchführen.

Fr. Dr. Wassermair: Warum belastet dies unser Budget nicht ?

Vorsitzender: Es belastet natürlich das Budget, aber es ist ein Unterschied ob man in das kommende Budget ca. € 15.000,- für Beleuchtung reingeben muss, oder ob man eine Rückzahlungserhöhung hat in der Größenordnung von ca. € 30,- pro Monat auf die Laufzeit des Contractings gesehen.

Fr. Dr. Wassermair: Kann man dies nicht nächstes Jahr machen ?

Vorsitzender: Es ist auch geplant, dies im nächsten Jahr zu machen. Aber man sollte jetzt den Beschluss fassen. Dies ist aber ohne Finanzierungsplan nicht möglich.

Hr. Gillich: Vielleicht kann man einmal eruieren, was es mehr kosten würde, wenn die Leitungen unterirdisch geschossen werden, denn damit würde man die Asphaltsschicht nicht beschädigen.

Vorsitzender: Man muss sich das anschauen, wie hoch dort der Kanal liegt und ob die Fernwärme dort verläuft.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass das Energie Contracting mit dem E-Werk Wels erweitert wird.

Abstimmungsergebnis:

Dieser Punkt wird auf die nächste Gemeinderatssitzung verschoben.

ENDE TOP 3.1.

4.1. Beratung und Beschlussfassung betreffend Kindergartentarifordnung

Bericht des Vorsitzenden:

In der letzten Schul-, Kindergarten- und Kulturausschusssitzung wurde die Kindergartentarifordnung überarbeitet.

Es wird folgende Änderung vorgeschlagen:

Ganztagsbesuch	vorher € 66,--	jetzt € 69,--
Verlängerter Vormittagsbesuch	vorher € 60,--	jetzt € 63,--
Vormittagsbesuch	vorher € 55,--	jetzt € 58,--

Ermäßigter Elternbeitrag:

Ganztagsbesuch	vorher € 45,--	jetzt € 48,--
Verlängerter Vormittagsbesuch	vorher € 38,--	jetzt € 41,--
Vormittagsbesuch	vorher € 32,--	jetzt € 35,--

Beratung:

Vorsitzender: Die Tarifordnung soll mit Beginn des Kindergartenjahres in Kraft treten.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Kindergartentarifordnung wie vom Ausschuss vorgeschlagen, genehmigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit einem Handzeichen vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

ENDE TOP 4.1.

4.2. Beratung und Beschlussfassung betreffend Tourismus-Gebühren-Verordnung

Bericht des Vorsitzenden:

In der letzten Vorstandssitzung wurde über die neue Tourismus-Gebühren-Verordnung beraten.

Der Gemeindevorstand schlägt folgende Änderung vor:

Erwachsene	vorher € 0,29	jetzt € 0,50
Kinder v. 6. bis zum 15.LJ	vorher € 0,15	jetzt € 0,15

Beratung:

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die vorliegende Tourismus-Gebühren-Verordnung mit den neuen Beträgen beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Dieser Antrag wird mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 4.2.

5.1. Bericht des Sozialausschusses über Wohnungsvergaben

Bericht der Obfrau des Sozialausschusses:

Bei der Sozialausschusssitzung am 14.08.2006 wurden folgende Wohnungen vergeben:

Wohnung Nr. 4, Schaubergstraße 6 (62,94 m²) an Frau Sabine Müller

Wohnung Nr. 8, Schaubergstraße 8 (52,69 m²) an Herrn Koll Christian

Fr. Vizebürgermeister Gredler: Die Wohnung Nr. 8 wurde nicht angenommen und wird in der nächsten Sozialausschusssitzung neuerlich vergeben.

Der Bericht wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

ENDE TOP 5.1.

6.1. Abstimmung betreffend Berufungsbescheid Getränkesteuer Auinger Gabriele

Bericht des Vorsitzenden:

Nachdem es hier um einen Bescheid geht, der vom Bürgermeister unterzeichnet wurde und gegen diesen wurde jetzt Berufung eingelegt, gebe ich meinen Vorsitz an Frau Vizebürgermeister Christine Gredler weiter.

Im Jahre 2004 wurden sog. „Vorbehalte“ vom Gemeindebund zur Verfügung gestellt und den Gastwirten zu gesandt.

Im Herbst 2005 wurden für alle Gastwirte sog. Festsetzungsbescheide ausgestellt, ansonsten wäre die Gefahr einer Verjährung eingetreten. In diesen Bescheiden ist die tatsächliche offene Höhe der Getränkesteuer festgesetzt. Dieser Bescheid hat wieder eine Gültigkeit von 5 Jahren. Zu diesem Zeitpunkt wussten wir noch nicht, wann endlich eine höchstgerichtliche Entscheidung fallen wird. Diese Entscheidung ist im Frühjahr 2006 vom Verwaltungsgerichtshof gefällt worden.

Die Festsetzungsbescheide wurden für die Jahre 1999 und 2000 ausgestellt. Für das Jahr 2000 wurde vom Vorstand ein sog. Rückziehungsantrag genehmigt. Dieser Antrag vom Gemeindebund zur Verfügung gestellt, besteht aus zwei Seiten. Auf der ersten Seite ist der genaue Zeitpunkt (01.01.2000 – 08.03.2000) und welche Art der Getränkesteuer (alkoholische Getränke) angegeben. Auf der zweiten Seite steht dies nicht mehr, sondern das gegenseitig keine Forderungen mehr bestehen. Viele Gastwirte haben dieses Angebot genutzt.

Nur Fr. Auinger meint, da sie diesen Rückziehungsantrag unterschrieben hat, nun für das Jahr 1999 und 2000 keine Forderungen mehr bestehen können. Da sie das Schreiben „Beendigung des Rückzahlungsverfahrens“ am 30.11.2005 und den Festsetzungsbescheid für das Jahr 1999 erst am 2.12.2005 übernommen hat, bestehen ihrer Meinung nach, keine Forderungen mehr unsererseits Sie bezieht sich immer wieder auf die zweite Seite dieses Antrages. Lt. Fr. Mag. Heitzendorfer/Gemeindebund ist dieses Formular, bestehend aus zwei Seiten als eine Einheit zu sehen. Am 9.1. 2006 teilte sie uns dies schriftlich mit, wir antworteten ihr, dass dies als eine Einheit zu sehen ist. Niemand sonst von den Gastwirten sieht dies so.

Erst am 21.2.2006 kam die Berufung von einem RA gegen die Festsetzungsbescheid. Frau Mag. Heitzendorfer teilt mit, dass die Berufung viel zu spät bei uns eingelangt ist, die Berufungsfrist war bereits abgelaufen. Dies teilten wir auch dem RA mittels Bescheid mit. Der RA war natürlich nicht der gleichen Ansicht und in der Zwischenzeit kamen zwei weitere Berufungen. Bei der vorletzten Berufung durch den RA ist eine Berufungsvorentscheidung durch den BGM in I. Instanz am 7.8.2006 erfolgt. Es erfolgte eine neuerliche Berufung durch den RA. Nun ist eine Berufungsentscheidung durch den Gemeinderat II. Instanz erforderlich.

Alle Schreiben die die Getränkesteuer betreffen wurden mit Fr. Mag. Heitzendorfer vom Gemeindebund abgesprochen.

Strittige Forderungen:	
Auinger Gabriele, Ritzbergerstr.8, 4082-Bescheide f. 99 (€2.814,40) und f. 2000 (€5,30)	2.819,70

Beratung:

Fr. Dr. Wassermair: Was haben die anderen Wirte gemacht ?

Fr. Vizebgm. Gredler: Die anderen Wirte und Gastronome haben es so zur Kenntnis genommen wie wir die Festsetzungsbescheide ausgeschickt haben. Diese haben es für in Ordnung befunden. Eben bis auf die Fam. Auinger.

Mag. Haider Roman: Was man aus dem Amtsvortrag herausliest, geht es hier nicht um das was die Fam. Auinger betrifft, sondern die Geschichte mit der Fam. Auinger ist bescheidmäßig abgewickelt und gegen diesen Bescheid kam eine Berufung, allerdings zu spät. Daher ist der Bescheid für die Fam. Auinger gültig. Und diese zu spät eingelangte Berufung, hat der Bürgermeister dem Rechtsanwalt gegenüber abgewiesen, wegen Zeitüberschreitung mittels Bescheid. Und diesen Bescheid, wo er ihm mitteilt, dass seine Berufung nicht angenommen wird, diesen Bescheid hat der Rechtsanwalt wieder berufen und über diese Berufung sprechen wir. Man bestätigt eigentlich nur den Bürgermeister, dass er das Datum richtig abgelesen hat.

Hr. Zinnagl: Er hat sich mit dem Punkt genau befasst. Der Verwaltungsgerichtshof hat angekündigt bis Weihnachten eine endgültige Entscheidung im Getränkesteuerverfahren zu publizieren. Diese betrifft allerdings nur die rückwirkende Zurückzahlung, nicht die Verschreibungen die noch offen sind. Die Fristen sind ziemlich verwirrend und nicht genau definiert. Er könnte aufgrund des Amtsvortrages nicht entscheiden, ob alle Fristen eingehalten wurden oder nicht. Auch von seiten des Gemeindebundes ist nicht eindeutig, wie lange die Fristen sind. Solange es zwei so gegensätzliche Rechtsmeinungen gibt, kann er bei diesem Punkt nicht abstimmen. Er würde die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes abwarten und dann erst wieder diesen Punkt behandeln.

Hr. Gillich: Ist die Berufung rechtzeitig eingegangen.

Fr. Vizebgm. Gredler: Die Berufung über die zu entscheiden ist, ist rechtzeitig eingegangen. Alle Schriftstücke die in diesem Fall von der Gemeinde weggegangen sind, wurden vom OÖ. Gemeindebund, Fr. Mag. Heitzendorfer überprüft.

Hr. Dr. Gruber: Warum hat man eigentlich ursprünglich, nach dem die Frist für die Berufung versäumt worden ist einen Bescheid ausgestellt.

Mag. Haider Roman: Er erklärt nochmals die Lage. Am 30.11.05 hat die Fam. Auinger einen Bescheid von der Gemeinde übernommen. Dann ist zwischen 30.11.05 und 21.2.06 nichts passiert. Die Berufungsfrist beträgt 14 Tage. Daher kam die Berufung zu spät. Der Bürgermeister hat einen neuerlichen Bescheid an den Rechtsanwalt erlassen. Inhalt dieses Bescheides war, dass er zu spät berufen hat. Diesen Bescheid haben wir jetzt zu bearbeiten.

Antrag des Vorsitzenden:

Die Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Berufung des Rechtsanwaltes von Frau Auinger abgewiesen wird.

Abstimmungsergebnis:

Hr. Zinnagl enthält sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 6.1.

7.1. – 7.2. Verlust des Gemeinderatsmandats Christian Weiß; Annahme des freigewordenen Mandats – Abstimmung; Abstimmung über die Nachbesetzung in den Unterausschüssen und Vereinen

Bericht des Vorsitzenden:

Herr Christian Weiß hat mit Schreiben vom 19.08.2006 auf sein Mandat verzichtet. Herr Christian Weiß war aktiver Gemeinderat, weiters war Herr Christian Weiß im Kulturausschuss als Mitglied tätig und im SHV Stellvertreter. Daher ist es notwendig ein Gemeinderatsmitglied nachzusetzen, weiters ein Gemeinderatsmitglied in den Kulturausschuss nach zu wählen und einen Stellvertreter im SHV nach zu besetzen. Dies hat mittels Fraktionswahl der GRÜNEN zu erfolgen. Seitens der GRÜNEN wurde ein schriftlicher Wahlvorschlag eingebracht.

Beratung:

Antrag des Vorsitzenden:

Die Fraktionsmitglieder der GRÜNEN sollen Frau Rosa Schnell als aktives Gemeinderatsmitglied aufnehmen. Laut vorliegendem Wahlvorschlag wird Frau Beatrix Bachmayer als Mitglied und Frau Anneliese Dunzinger-Hinterhölzl als ihre Stellvertreterin in den Kulturausschuss gewählt. Stellvertreterin im SHV wird die Gemeinderätin Rosa Schnell.

Abstimmungsergebnis:

Alle Punkte werden von der Grünen Fraktion einstimmig beschlossen.

ENDE TOP 7.1. – 7.2.

8. Bericht des Bürgermeisters

- Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der Volkshilfe zum Stand des Hilfsprogrammes für die Tsunamiopfer. Die Volkshilfe bedankt sich darin für die finanzielle Unterstützung.
- Ein Schreiben von LH Pühringer liegt vor. Dieser teilt mit, dass für die letzte Leasingrate für das AVZ eine Unterstützung von € 3.500,- zur Verfügung stellt.
- Ein Schreiben des Bürgermeisters von Feldkirchen wird verlesen. Bürgermeister Achleitner hat der Gemeinde Feldkirchen geschrieben und nun liegt die Antwort vor, die auch in der Gemeindezeitung zu lesen war.
- Ein Schreiben des Pensionistenverbandes Aschach-Hartkirchen wird verlesen. Es geht im Inhalt um die Entfernung der Müllsammelstelle in der Bahnhofstraße. Sie befinden die Entfernung als eine Minderung der Lebensqualität, da in der Bahnhofstraße auch viele ältere Leute wohnen und bitten um Wiederaufstellung der Container.

Fr. Dr. Wassermair: Es wurde der Bevölkerung wiederholt mitgeteilt, dass wenn ein anderer Platz gefunden wird, die Container wieder aufgestellt werden. Es gab Begehungen, aber es wurde leider kein neuer Platz gefunden. Vielleicht kann die Gemeinde mit Fr. Gruber Kontakt aufnehmen und ihr mitteilen, dass, wenn Plätze vorhanden sind, es wieder zur Aufstellung kommt. In der nächsten Umweltausschusssitzung wird das Thema Müllsammelstelle in der Ritzbergerstraße wieder behandelt. Sie möchte, dass diese Insel nach hinten in das ehemalige Wäldchen verlegt wird. Dies muss noch mit Fr. Pirklbauer abgeklärt werden. Die Insel soll kleiner und umzäunt werden. Man sollte dort dann ein Halte- und Parkverbot erteilen, damit wirklich nur die Radfahrer diese Insel benutzen können. Denn die Leute vom Sommerberg können weiter unter die Brücke fahren, wenn sie schon mit dem Auto unterwegs sind. Wenn man die Anrainer wieder befragt, ergibt das nur ein Chaos. Mit Hrn. Gaisbauer wurde bereits gesprochen und wenn es nicht direkt vor seinem Geschäft ist, wird diese Insel von ihm akzeptiert.

Vorsitzender: Er würde trotzdem empfehlen, die Bewohner in diesem Bereich einzubinden.

Ing. Viehböck: Es stellt sich die Frage zu der Mülltrennung unter der Brücke. Dort darf laut Gesetz kein Müllcontainer stehen.

Fr. Dr. Wassermair: Dies wurde schon oft im Umweltausschuss diskutiert. Hier ist der Ball nun beim Hrn. Bürgermeister. Es besteht ein massiver Handlungsbedarf, aber nicht mehr von seiten des Umweltausschusses. Es wurde dieses Problem schon so oft diskutiert und besichtigt.

Hr. Weichselbaumer: Es ist immer schwierig. Man macht Vorschläge und dann kommen sofort Unterschriftenaktionen. Wenn man jedoch Leute in Entscheidungen miteinbindet ist dies sinnlos, da jeder etwas anderes möchte.

Hr. Gillich: In dem Brief geht es wahrscheinlich nicht nur um die Personen die unterzeichnet haben sondern der Pensionistenverband vertritt eine Gruppe, wo Personen dabei sind, denen es nicht möglich ist, eine andere Sammelstelle zu besuchen. Er findet es auch nicht richtig, dass diese Sammelstelle einfach aufgelöst wird. Er glaubt auch nicht, dass grundsätzlich der Müll das Problem ist sondern die Abfuhrtermine. Wenn öfter abgeführt wird, kann sich gar nicht soviel ansammeln, dass es die Leute daneben lagern müssen.

Fr. Dr. Wassermair: Ausschlaggebend, dass die Insel in der Bahnhofstraße geschlossen wird, war ein Scheiben von Hrn. Tiesler.

Vorsitzender: Das war ein Irrtum. Dieser Platz ist nicht sein Grundstück.

Fr. Dr. Wassermair: Am idealsten wäre, ganz viele kleine Müllinseln.

- Es gibt ein Ergebnis von der Mobilfunkmessung in Hartkirchen. Dies ist auch der Gemeinde Aschach zugegangen. Wer eine Kopie über die Werte haben möchte, soll sich am Gemeindeamt melden.
- In den letzten 14 Tagen wurden in der Bahnhofstraße und in der Stiftstraße Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen. Die Auswertung von den 2 Geräten liegt nunmehr vor. Nach Hartkirchen gab es Höchstgeschwindigkeiten mit bis zu 127 Km/h.

In der Stiftstraße Richtung Donaubrücke stand das Gerät auch eine Woche. Es wurden hierbei 35.308 Autos gemessen. Das sind 6000 Autos pro Tag und dies aber nur in eine Richtung. Die Durchschnittsgeschwindigkeit lag dort bei 41,6 Km/h.

Von der Gemeinde wird für die Stiftstraße eine Feinstaubmessung veranlasst. Diese kann jedoch aus Termingründen erst im Frühjahr 2007 durchgeführt werden.

- Von der Umweltechnik wurde eine Lärmmessung durchgeführt, bei dem Güterverkehr zwischen AGRANA und GARANT. Es gab Beschwerden von den Anrainern. Dort liegt der LKW Spitzenpegel bei 81 db und der Güterzugspitzenpegel bei 93 db. Handhabe für Maßnahmen ist es laut Umweltechnik nicht, da es Spitzenpegel sind, die nur kurzfristig auftreten, speziell die der Bahn.

Man muss diese Lärmbelastung über einen Zeitraum von 8 Stunden sehen und dann schaut es wieder anders aus. Man kann daher die ÖBB nicht verpflichten etwas zu unternehmen. Es wurde mit der ÖBB bereits ein Gespräch geführt, indem die ÖBB mitteilte, dass sie ein Schmierdock eingebaut haben. Dieses hilft aber anscheinend nichts. Es ist natürlich positiv, dass sämtlicher Mais nunmehr von der Garant zur Agrana mit dem Zug geliefert wird. Der Nachteil ist nunmehr der Bahnverkehr. Die neuen Großraumwaggons passen sich anscheinend den alten Schienen nicht genau an.

- Der Vorsitzende berichtet, dass der Museumsverein ein Projekt zur Vorplatzgestaltung präsentiert hat. Im Rahmen eines LEADER + Programmes würden Sie diese Vorplatzgestaltung einreichen. LEADER + heißt, dass 20% Eigenmittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Es gibt eine Kostenschätzung von ca. € 50.000,-. Es wurde das Modell vorgestellt und es wäre sinnvoll wenn nicht nur der Platz vor dem Museum sondern auch der übrige Bereich gestaltet wird. Es ist möglich, dass die Gemeinde die ca. € 11.000,- die abgehen im Budget vorsehen und sozusagen als einmalige Subvention deklarieren. Der Museumsverein würde sich verpflichten, mit den Einnahmen aus den Museumsbesuchen, diese einmalige Förderung über die nächsten Jahre an die Gemeinde zurückzuzahlen. Der Vorteil für die Gemeinde wäre, dass der Museumsverein dieses Projekt verwirklichen kann und die Gemeinde in diesem Bereich einen wirklich toll gestalteten Vorplatz bekommen würde.

- Zum Spielplatz Einfalt teilt der Vorsitzende mit, das aus dem Bericht des Nachtragsvoranschlags hervorgeht, dass das Projekt heuer nicht mehr verwirklicht wird. Es ist alles fertig. Es wurde alles zum Land geschickt und auch mehrmals urgirt. Es wurde immer mitgeteilt, dass es erst unterschrieben werden muss. Ende August wurde wieder angerufen und es wurde dann vom Land mitgeteilt, dass man auch noch bei der Abteilung Bildung und bei der Gemeindeabteilung ansuchen muss. Dies wusste niemand am Gemeindeamt.

Fr. Dr. Wassermair: Bei der Entscheidung zur Verlegung des Spielplatzes mussten wir damals aber sofort entscheiden.

Vorsitzender: Er wusste das damals leider nicht, sonst hätte man sicher mehr Zeit zur Entscheidung gehabt.

Es wurde mittlerweile überall angesucht.

- Der Vorsitzende berichtet über den Einbruch im AVZ. Es entstanden dabei massive Beschädigungen. Die Reparaturarbeiten laufen noch immer. Von den Tätern gibt es noch immer keine Spur.

Fr. Schnell: Könnte man hier nicht eine Belohnung aussetzen um die Täter zu fassen?

Vorsitzender: Er wird mit der Polizei darüber sprechen.

- Der Vorsitzende berichtet über den Gemeindefesttag in Wien. Es war eine tolle Stimmung und sehr gute Referate. Er würde sich wünschen, dass im nächsten Jahr mehr Gemeindefesttag an diesem Gemeindefesttag teilnehmen. Vielleicht kann man dies mit dem Gemeinderatsausflug verbinden.

- Am Wochenende war in Hinterstoder die Ortsbildmesse. Es war sehr gut organisiert. Er hat bereits mitgeteilt, dass wir wieder in das DOSTE Programm aufgenommen wurden. Es wird immer gesprochen, dass man nichts verwirklichen kann, da die Projekte so teuer sind. Es geht auch allen anderen Gemeinden so. Man muss über einen längeren Zeitraum mit einer mittelfristigen Finanzplanung arbeiten.

Am Sonntag wurde dann die Urkunde überreicht. Ab 1. Jänner 2007 sind wir also wieder offizielles Mitglied.

Die Politik sollte sich aus dieser Arbeit eher heraushalten. Er könnte sich vorstellen einen Startevent zu veranstalten im Oktober oder November, wo man sämtliche Vereine und Interessierte einlädt und denen dieses Projekt vorstellt. Man muss diese Chance für den Ort nutzen. Es gibt so viele Projekte die man machen könnte, wie die Ortsbeschilderung oder die Kirchenplatzgestaltung.

Fr. Dr. Wassermair: Es gab bereits einen DOSTE Verein, der sehr gut gearbeitet hat. Es wurde damals bereits ein Projekt zur Kirchenplatz-gestaltung ausgearbeitet. Wenn man jetzt eine andere Gruppe mit dem selben Projekt befasst ist das in ihren Augen ein Schildbürgerstreich.

Hr. Dr. Gruber: Er war damals bei einer der Gruppen dabei und es wurde auch einiges verwirklicht. Wie z.B. die Beschilderung oder die Wanderwege Prospekte.

Er ist auch dafür, das man das Projekt Kirchenplatzgestaltung wieder ins Leben ruft.

Es war damals eine Frustration der Mitglieder da, weil nichts mehr weitergegangen ist.

Er würde es auch gut finden, wenn die damaligen Mitglieder, bei Interesse wieder einbezogen werden.

Fr. Vizebgm. Gredler: Das ganze Projekt ist damals eingeschlafen, als der Vorsitzende Hr. Schrack Gerhard seine Position zurückgelegt hat. Der damalige Bürgermeister Putz Adolf hat diese Funktion dann übernommen. Es wurden die Mitglieder aber zu keinen Schulungen mehr eingeladen und es gab auch keine Projekte mehr. Daraufhin wurde die Gemeinde vom Land aus diesem DOSTE Programm ausgeschlossen.

Hr. Mag. Haider: Es waren aber die meisten Projekte auch fertig. Es wurden die Gutscheine der Nahversorger verwirklicht, das Museum wurde errichtet und auch die Prospekte der Wanderwege.

Vorsitzender: Er würde es gut finden, wenn man in diesem DOSTE Verein das Projekt Schopperplatz in Angriff nehmen würde.

Hr. Mag. Haider: Es wird aber nicht funktionieren, dass bei diesem Verein niemand aus dem Gemeinderat anwesend ist. Es muss jemand da sein, der immer wieder vorantreibt und der auch eine Ahnung davon hat.

ENDE TOP 8

9. Allfälliges

- Fr. Vizebürgermeister Gredler erinnert an den bevorstehenden Wahlsonntag. Sie bittet die Plakate rechtzeitig aus der Verbotszone zu entfernen.
- Fr. Dr. Wassermair berichtet vom autofreien Tag, der am Sonntag stattgefunden hat. Es waren leider sehr wenig Leute anwesend. Man muss sich nächstes Jahr überlegen, ob man diese Aktion wieder startet, da es eigentlich nicht angenommen wird.
Vorsitzender: Er hat sich gedacht, dass es gerade für Familien um 12.00 Uhr keine optimale Zeit ist, da die meisten Familien da gerade Mittagessen.
- Fr. Dr. Wassermair möchte auch noch eine Reaktion zur ÖVP Zeitung abgeben. Normalerweise lässt sie interfraktionelle Hackeleien aus dem Gemeinderat. Da es aber um die Gemeindearztpraxis geht, ist es auch eine Gemeindegeschichte und sie möchte eine Antwort geben auf den Bericht in der ÖVP Zeitung. Die Ordination besteht nunmehr seit 23 Jahren und es sind auch viele Leute mit einer Behinderung, die im Rollstuhl sitzen, in Behandlung. Diese Personen sind bis jetzt nicht in die Praxis geflogen, sondern immer über den Privateingang in das Haus hineingelangt. Es wurde beim Renovieren der Ordination eine Begehung mit Hr. LR Trübswasser durchgeführt. Ein rollstuhlgerechter Eingang ist aber aus Platzmangel nicht möglich. Es wurde aber die rollstuhlgerechte Klingel besser gekennzeichnet. Dort werden die betroffenen Personen abgeholt und in die Praxis gebracht. Das Haus steht auch unter Denkmalschutz und Umbauarbeiten sind daher nicht so einfach. Sie möchte dies einfach klarstellen und bittet auch um Verbreitung, damit die Leute wissen, dass bei ihnen in der Praxis auch die Rollstuhlfahrer behandelt werden können.
Dr. Gruber Josef: Man kann dies sicher den Leuten sagen oder auch niederschreiben, dass die Praxis mit einem Rollstuhl zu erreichen ist. Es war von der ÖVP Fraktion nur ein Vorschlag. Denn er hat von der Renovierung gehört und dann hätte man auch die Stiege gleich machen können. Dieser Vorschlag war von ihnen gut gemeint, aber sie wussten nicht, dass dies nicht machbar ist.
Herr Dr. Gruber macht Fr. Dr. Wassermair den Vorschlag sich bei Hrn. Trübswasser oder Hrn. Anschöber noch mal zu erkundigen, ob es nicht doch Förderungen zum Umbau gibt.
Fr. Dr. Wassermair: Sie dankt der ÖVP, dass sie sich Sorgen um ihre Praxis macht. Wesentlich ist aber wie mit den Leuten umgegangen wird und sie bringt die Rollstuhlfahrer meistens eigenhändig in die Praxis.
- Hr. Ettl Paul stellt fest, dass im vorigem Jahr dem Eiscafé Roma der Gastgarten genehmigt wurde mit der Auflage, dass das Schachbrett verlegt wird. Dies ist bis heute nicht geschehen. Wurde dieser dazu aufgefordert ?
Vorsitzender: Das Schachbrett liegt am Schopperplatz. Er hat mit dem Platz ein Problem. Er möchte dass dies im Bauausschuss nochmals diskutiert wird. Der geplante Platz im Stammler Garten gefällt ihm nicht mehr.
Hr. Ettl Paul: Dies war jedoch ein Gemeinderatsbeschluss.
Hr. Mag. Haider Roman: Auch ein Gemeinderat kann sich irren. Falls er damals mitgestimmt hat, gibt er gerne zu, dass er sich geirrt hat. Er findet auch, dass das Schachbrett dort überhaupt nicht hinpasst.
Vorsitzender: Er bittet die AL, dass Hr. Reumann angeschrieben wird, dass dies noch seine Aufgabe ist.
- Hr. Ettl Paul findet es richtig, dass am Spielplatz in der Ritzbergerstraße die Schaukel abmontiert wurde, da diese schon ziemlich desolat war. Er möchte aber gerne wissen, wann diese wieder montiert wird.
Vorsitzender: Laut Auskunft von Hrn. Höninger wurde diese Schaukel am heutigen Nachmittag montiert.
- Fr. Schnell Rosa teilt mit, dass Sie sich im Forum bei den Bewohnern der Ritzbergerstraße dafür bedankt hat, dass sie nach dem Feuerwehrfest den Gehsteig aufgeräumt haben. Sie wurde dann von Hrn. Paschinger Franz angerufen und der hat sie beschimpft. Zitat: „bei der nächsten Gemeinderatssitzung mach ich dich auf“. Fr. Schnell hat dann Herrn Dr. Gruber gebeten für ihren Schutz zu sorgen. Fr. Gredler hat dies

bestätigt. Sie bittet den Fraktionsobmann der ÖVP, dass ein anderer Ton gewählt wird und sie möchte, dass ihm das ausgerichtet wird.